

Nachrichtenmedien im Kampf gegen Desinformation erfolgreich und unverzichtbar

Welche Bedeutung Nachrichtenmedien für das demokratische Zusammenleben haben, zeigt sich in Krisen- oder gar Kriegszeiten besonders deutlich. Das globale Forschungsprogramm „Media for Democracy Monitor“ untersucht in 18 Ländern weltweit die Leistungsfähigkeit der führenden Nachrichtenmedien, gemessen an 30 Demokratie-Indikatoren. Ein Ergebnis zeigt, dass Nachrichtenmedien trotz digitaler Konkurrenz breit genutzt werden, und im Kampf gegen Desinformation unverzichtbar sind.

Im dritten und letzte Band dieses umfangreichen Forschungsvorhabens, das vom Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg koordiniert wird, vergleichen die Forschungsteams ihre Ergebnisse international und über einen Zeitraum eines Jahrzehntes hinweg. Obwohl die digitalen Kommunikationsplattformen die Ökonomie und die Wettbewerbsverhältnisse weltweit umgepflügt haben, bleiben die Nachrichtenmedien ein effizientes und stark nachgefragtes Instrument zur Information der breiten Bevölkerung.

Nachrichtenmedien wirken Falschinformation entgegen

Greifen führende Nachrichtenmedien Falschinformationen auf, um sie richtig zu stellen, tragen sie ungewollt zu deren Weiterverbreitung bei. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber, dass gut ausgebildete und ausgestattete Redaktionen in der Lage sind, durch investigativen Journalismus Desinformation zu entlarven und erfolgreich zu bekämpfen. Das gelingt jenen Medien besser, in denen sich die Chefredaktionen klar und unmissverständlich zu dieser Aufgabe bekennen. Dies ist insbesondere in den angelsächsischen Länder Kanada und Großbritannien der Fall, sowie in Schweden und Dänemark.

In einigen anderen Ländern ist Investigativjournalismus bereits zum Luxusgut, ja zur Ausnahme, geworden, obwohl er zur Bekämpfung von Desinformation so dringend benötigt wird. Die Forschungsergebnisse zeichnen ein durchaus widersprüchliches Bild: Auf der einen Seite erlauben die digitalen Technologien neue datengetriebene Formen von investigativer Recherche. Auf der anderen Seite untergräbt die Digitalisierung den Einsatz dieser neuen Möglichkeiten, weil die digitalen Kommunikationsplattformen den Nachrichtenmedien sowohl Nutzerinnen und Nutzer als auch Werbeerlöse entziehen, und damit die wirtschaftliche Grundlage für investigativen Journalismus.

In Zeiten mit einem hohen Aufkommen an Falschinformationen ist es deshalb besonders wichtig, den Journalistinnen und Journalisten genügend Zeit und

Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Konstruktiver, investigativer Journalismus ist also kein Selbstläufer, sondern muss durch strukturelle Faktoren gezielt und kontinuierlich unterstützt werden.

Widersprüche bei Transparenz und innerer Demokratie

Weitere Widersprüchlichkeiten legen die Auswertungsergebnisse der Indikatoren „Transparenz“ und „Innere Demokratie“ offen. Während Nachrichtenmedien vehement den offenen Zugang zu Quellen und deren Transparenz fordern, lehnen sie diese Transparenz bei der Offenlegung der eigenen Arbeitsroutinen ebenso vehement ab. Auch setzt die große Mehrheit der untersuchten Nachrichtenmedien demokratische Prinzipien der Entscheidungsfindung in der eigenen Redaktion nicht um. Gleichzeitig achten die Journalistinnen und Journalisten aber als „Wachhunde der Demokratie“ penibel auf die Einhaltung dieser Prinzipien bei anderen Institutionen.

Für **Österreich** zeichnet der Forschungsleiter der Studie, Josef Trappel von der Universität Salzburg, ein etwas weniger dramatisches Bild:

„Die Social Media getriebene Welle an Desinformation hat auch Österreich erfasst und findet auch in kleineren einheimischen Medien Resonanz. Im Vergleich zu den anderen Ländern verfügt Österreich aber über einen gut ausgebildeten Berufsstand an Journalisten und Journalistinnen, nicht zuletzt auch im öffentlichen Rundfunk.“

Den etablierten Nachrichtenmedien gelingt es in Österreich vergleichsweise gut, die Falschinformationen zu diskutieren und zu neutralisieren. Diese verbleiben in der Regel in kleineren, zumeist digital organisierten Zirkeln.

Hingegen findet sich Österreich bei Transparenz und Redaktionsdemokratie nicht unter den führenden Ländern. Einerseits fehlt nach wie vor ein Informationsfreiheitsgesetz, andererseits sind bestenfalls Ansätze von demokratischen Entscheidungswegen in den Nachrichtenredaktionen zu finden, etwa ein Veto-Recht von Redaktionen bei der Besetzung der Chefredaktion.

Das sind Ergebnisse des globalen Forschungsprojektes *Media for Democracy Monitor 2021 (MDM)*, das Kommunikationswissenschaftler unter dem Dach der *Euromedia Research Group* 2020 und 2021 in 18 Ländern weltweit durchgeführt haben. Der Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg leitet den globalen Forschungsverbund. www.euromediagroup.org/mdm und hat die Untersuchung in Österreich durchgeführt.

Ansprechpartner:

Josef Trappel, Universität Salzburg, josef.trappel@plus.ac.at

Tales Tomaz, Universität Salzburg, tales.tomaz@plus.ac.at

Open Access download des gesamten Bandes (auf Englisch):

<http://www.euromediagroup.org/mdm>

Das Forschungsprojekt *Media for Democracy Monitor* ist auf einen Langfristvergleich zwischen demokratischen Ländern angelegt. Im Jahr 2010 haben Sozialwissenschaftler*innen aus zehn Ländern nach gemeinsamen, wissenschaftlich entwickelten Indikatoren die Leistung der Medien für zeitgenössische Demokratien untersucht. Die Ergebnisse hat der schwedische Verlag Nordicom in zwei [kostenlos und online](#) zugänglichen Bänden veröffentlicht; sie sind auch auf der [Website des Forschungsprojektes](#) abrufbar.

Im Jahr 2020 haben sich Fachleute aus 18 Ländern an dem Projekt beteiligt, neben Europäischen Ländern auch Australien, Chile, Hong Kong, Kanada und Südkorea. Das Forschungsteam hat die Indikatoren leicht angepasst, aber auf die Vergleichbarkeit über den Zeitraum des „Digitalisierungsjahrzehnts“ hinweg geachtet. Die Ergebnisse der gesamten Studien wurden 2021 öffentlich vorgestellt. Im März 2022 ist der dritte Band mit der vergleichenden Analyse erschienen.

Das Projekt wird von der [Euromedia Research Group](#) durchgeführt, die von Josef Trappel, Professor für Medienpolitik und Medienökonomie am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg, und Werner A. Meier, Universität Zürich, geleitet wird. Der niederländische [Journalistenfonds](#) unterstützt die Verbreitung der Projektergebnisse.

Kontakt: josef.trappel@sbg.ac.at

Diese Medienmitteilung wird in den Ländern des MDM zeitgleich veröffentlicht.